



Lieber sollten ihre Kinder in der Schule lernen als zu Hause, davon sind 67 Prozent der Baden-Württemberger laut der jüngsten Allensbach-Umfrage überzeugt.

Foto: Frank Rumpenhorst/dpa

Meinungsumfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen  
**Heute: Die Schul- und Gesundheitspolitik während der Pandemie**

# Unzufrieden und besorgt



Theresa Schopper,  
Kultusministerin

Die neue Kultusministerin **Theresa Schopper** ist in der Bevölkerung noch weitgehend unbekannt. 47 Prozent der Befragten geben an, sie nicht zu kennen. Auch unter den Eltern von Schulkindern ist sie noch 34 Prozent kein Begriff. Diejenigen, die sie kennen, haben zu 16 Prozent einen guten und zu 28 Prozent keinen guten Eindruck von ihrer Arbeit.



Manne Lucha,  
Sozialminister

In der Kritik: 51 Prozent der Baden-Württemberger sind mit der Arbeit von **Sozialminister Manne Lucha** unzufrieden. 30 Prozent attestieren ihm eine gute Arbeit. Allerdings: 23 Prozent der Bevölkerung kennen den Grünen-Politiker, der seit 2016 Minister im Kabinett Kretschmann ist, überhaupt nicht und trauen sich deshalb kein Urteil zu.

STUTTGART.  
VON ULRIKE TRAMPUS

Die Eltern in Baden-Württemberg sind mit der Schulpolitik unzufrieden und über den Wissensstand ihrer Kinder besorgt. Dies ergab eine repräsentative Umfrage, die die baden-württembergischen Tageszeitungen gemeinsam in Auftrag gegeben hatten. Dafür befragte das Institut für Demoskopie Allensbach im Januar 1044 Erwachsene im Land.

„Die Unzufriedenheit geht vor allem darauf zurück, dass die Schulschließungen während der ersten Pandemiewellen zu Lernrückständen geführt haben“, fassen die Meinungsforscher zusammen. 73 Prozent der Eltern sind der Ansicht, dass ihre Kinder mit dem Stoff hinterher sind. In diesem Zusammenhang ist es auch

verständlich, dass sich eine breite Mehrheit der Befragten dafür ausspricht, Präsenzunterricht stattfinden zu lassen und Betreuung zu garantieren. 67 Prozent der Eltern und 65 Prozent der Befragten insgesamt votieren dafür. Vor allem die Mütter vertrauen dabei auch den Maßnahmen der Schulen zum Schutz vor Ansteckung mit dem Coronavirus. 61 Prozent halten die vor Ort getroffenen Vorsichtsmaßnahmen für ausreichend, 29 Prozent meinen, es müsste mehr getan werden. Viel mehr braucht es nach Ansicht der Eltern auch seitens der Schulen, um ihre Kinder mit digitalen Lernmitteln auszustatten. 48 Prozent sind damit unzufrieden.

Wie auch beim Krisenmanagement der Landesregierung allgemein, vermissen die Eltern auch in der Schulungspolitik Planungs-



Was treibt die Baden-Württemberger um, wie bewerten sie die Landesregierung? Das wollen die Tageszeitungen aus Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach zusammen.

sicherheit. Die Hälfte unter ihnen macht sich teils sogar große Sorgen, dass ihre Kinder in den nächsten Monaten pandemiebedingt nicht zur Schule gehen können. Wurde auch in den Jahren zuvor schon Unterrichtsausfall wegen Lehrermangels beklagt, verschärfte sich nun die Situation durch die Pandemie noch weiter.

Die Kritik daran galt 2020 vor allem der damaligen Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU), doch auch ihre Nachfolgerin Theresa Schopper (Grüne) hat keinen leichten Stand. Seit Mai 2021 ist sie für die Schulpolitik im Land zuständig, doch 47 Prozent der Baden-Württemberger geben an, sie nicht zu kennen.

Und auch Sozialminister Manne Lucha (Grüne) ist, obwohl seit 2016 im Amt, noch immer einem Viertel der Menschen im Land

kein Begriff. Unter denjenigen allerdings, die ihn kennen, erntet er Kritik. 51 Prozent sind mit seiner Arbeit unzufrieden. 65 Prozent sehen Beschränkungen der Gesundheitsversorgung in ihrer Region durch die Pandemie. 49 Prozent wissen oder gehen davon aus, dass in den Kliniken viele wichtige Operationen verschoben werden.

Die Schul- und die Gesundheitspolitik in ihrer unmittelbaren Relevanz für den Alltag vieler Bürger wirft ein Schlaglicht auf die allgemeine Befindlichkeit. „Die Politik hat in den vergangenen zwei Jahren zu wenig erkennen lassen, dass sie sich, soweit es nur irgendwie geht, um Planungssicherheit für die Bevölkerung bemüht“, so das Fazit der Meinungsforscher vom Bodensee.

48 %

der Befragten, die mit dem Krisenmanagement der Landesregierung im Großen und Ganzen zufrieden sind, kritisieren, dass die Einhaltung der **Coronaschutzmaßnahmen** zu wenig kontrolliert wird. Unter denjenigen, die Kritik an der Pandemiebekämpfung üben, sind dies 31 Prozent. 23 Prozent unter den Kritikern geben die Maßnahmen nicht weit genug, bei den Befürwortern sind es 35 Prozent.

49 %

der Befragten gehen davon aus, dass in den Kliniken ihrer Region wegen der Pandemie viele wichtige Operationen verschoben werden. 23 Prozent halten die **Gesundheitsversorgung** in ihrer Nähe mittlerweile für stark beeinträchtigt, 42 Prozent sehen sie als begrenzt reduziert an. 21 Prozent konnten bislang keine Auswirkungen auf die medizinische Versorgung vor Ort ausmachen.

55 %

der Eltern halten die an den **Schulen** ihrer Kinder getroffenen Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus für ausreichend. Im Jahr 2020 waren dies nur 47 Prozent. Mit 61 Prozent überwiegt vor allem bei Müttern die Ansicht, ihre Kinder seien gut geschützt, 29 der befragten Frauen finden hingegen, dass mehr getan werden müsste. Zehn Prozent sind in ihrer Beurteilung unentschieden.

33 %

der Eltern erkennen bei ihren Kindern durch die pandemiebedingten Schulschließungen einen deutlichen **Lernrückstand**, 40 Prozent einen begrenzten. Damit machen sich drei Viertel der Erziehungsberechtigten Sorgen, dass ihre Kinder durch die Coronakrise Wissenslücken haben. Ein Fünftel der Eltern ist jedoch überzeugt davon, dass ihre Kinder nicht betroffen sind.

60 %

der Eltern sind der Ansicht, dass sich bei der digitalen **Ausstattung der Schulen** nicht viel getan hat. 20 Prozent ziehen eine positive Bilanz, was die Versorgung der Schulen mit Computern und anderen digitalen Medien angeht. Und das ist nicht nur in Baden-Württemberg so: Auch Untersuchungen auf Bundesebene belegen, dass es zwar Fortschritte gibt, diese aber noch unzureichend sind.

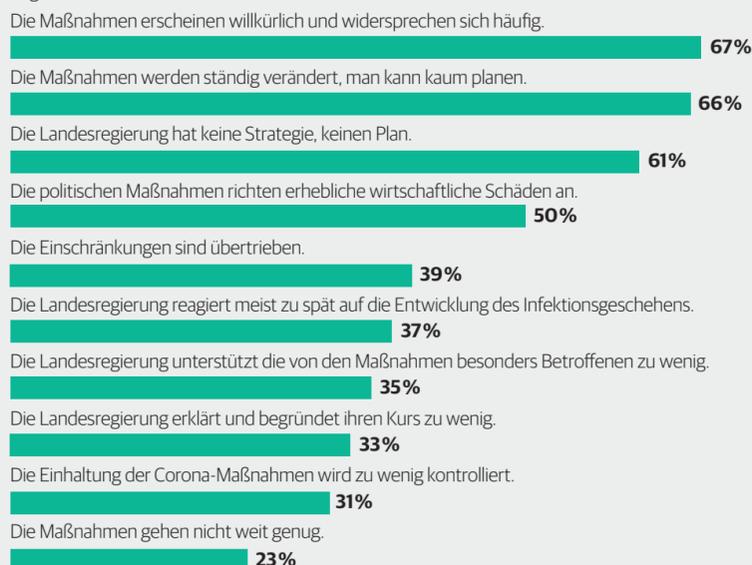


Ulrike Trampus  
Chefredakteurin

Auch im Jahr 2022 wird es wieder gemeinsame Umfragen der baden-württembergischen Tageszeitungen geben. Der BaWü-Check, gestartet im Landtagswahljahr 2021, wird fortgesetzt. Denn die Zeitungen im Land wollen mittels repräsentativer Umfragen wissen, wie die Baden-Württemberger aktuelle Entwicklungen einschätzen und ihre Leser seriös darüber informieren.

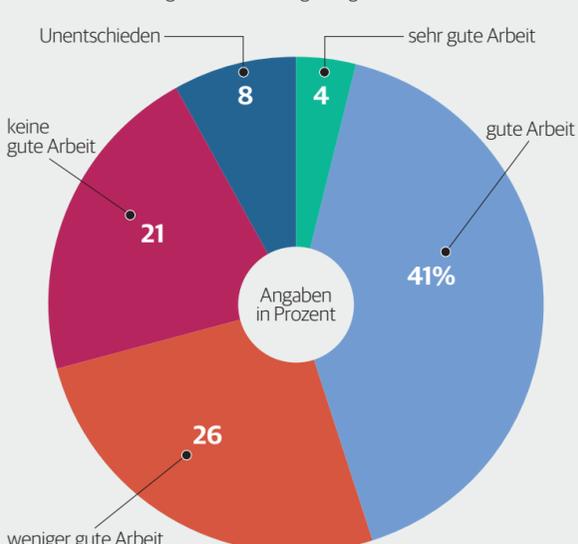
## Kritik an der Corona-Politik der Landesregierung

Frage: Was stört Sie an der Corona-Politik der Landesregierung vor allem? Welche der folgenden Punkte würden Sie nennen?



## Zufriedenheit mit Krisenmanagement

Frage: Wie bewerten Sie die Arbeit der Landesregierung in der Corona-Krise: Würden Sie sagen, die Landesregierung leistet hier ...



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen G161/1 und G164/11. Grafik: LKZ/Thomas Csullits

STIMMUNGSLAGE

## Hoffnungen, Skepsis und Befürchtungen

„Nach zwei Jahren Pandemie ist die große Mehrheit desillusioniert und ermüdet“, lautet das Fazit des Instituts für Demoskopie Allensbach nach der jüngsten Umfrage für den BaWü-Check. Nur noch 38 Prozent der Befragten sehen den kommenden Monaten mit Hoffnung entgegen. Im Januar 2021 waren dies noch 40 Prozent. Mit 45 Prozent war die Zuversicht im Juli 2021 am größten. Allerdings: Die Zahl derjenigen, die mit Skepsis oder Befürchtungen in die Zukunft blicken, ist nahezu unverändert geblieben. Bei 30 Prozent überwiegt derzeit die Skepsis, vor einem Jahr waren es 31 Prozent. Und wer im Januar 2021 Befürchtungen hatte, der hat sie noch immer: 19 Prozent äußerten sich dementsprechend. Doch zum vollständigen Bild gehört auch, dass im Oktober 2020 mit insgesamt 58 Prozent die Sorgen am größten waren. (tr)